

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus,
Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/4059 –**

Telekommunikationsmärkte in Entwicklungsländern liberalisieren – Die digitale Spaltung überwinden

A. Problem

Information ist ein wichtiges und machtvoll Instrument ökonomischer und sozialer Entwicklung. Dies wird zunehmend auch als eine wichtige Aufgabe der Entwicklungspolitik gesehen. Die Vereinten Nationen haben daher bereits in den Jahren 2003 und 2005 auf den Weltgipfeln über die Informationsgesellschaft (WSIS) in Genf und Tunis die Überwindung der digitalen Spaltung als ein vorrangiges Ziel, insbesondere in den Entwicklungsländern herausgestellt. Dabei ist Afrika von der digitalen Spaltung besonders betroffen. Während es dort in den vergangenen Jahrzehnten kaum Entwicklung in den Bereichen Telekommunikation und Informations- und Kommunikationstechnologien gab, hat sich seit der Jahrtausendwende ein Entwicklungsprozess in Gang gesetzt, wobei im Rahmen des „WSIS-Prozesses“ jedoch hauptsächlich an die Förderung von Festnetztelefonie und Internetzugängen gedacht wird. Für eine Förderung des Mobilfunks spricht beispielsweise eine häufig unzuverlässige Stromversorgung und ein weit verbreiteter Analphabetismus gerade in den ärmeren Regionen der Entwicklungsländer. Speziell für die Märkte der Dritten Welt werden zurzeit besonders kostengünstige Geräte entwickelt und auch spezielle Abrechnungsmethoden für ärmere Länder angeboten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4059 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Dr. Georg Nüßlein
Berichterstatter

Stephan Hilsberg
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein, Stephan Hilsberg, Dr. Karl Addicks, Heike Hänsel und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4059** in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte in Entwicklungsländern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 42. Sitzung am 10. Oktober 2007 und der **Ausschuss für Kultur und Medien** in seiner 38. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP Ablehnung.

Die **Fraktion der FDP** legt dar, dass der Mobilfunkmarkt in Afrika weitgehend unterentwickelt sei. Handys seien aber gerade für die afrikanische Bevölkerung, sofern sie nicht in den Städten leben würden, eine wichtige Möglichkeit an der Kommunikation teilzunehmen. Besonders wichtig seien sie auch für den Geschäftsbetrieb von Kleinerzeugern. Die Telekommunikationsmärkte in Afrika müssten weitgehend liberalisiert werden, da in einigen afrikanischen Ländern heute noch monopolisierte sich kartellartig ausbreitende Festnetz-Märkte existierten. Die Installation von Mobilfunkmärkten sei weniger aufwändig ebenso wie die Anschaffungs- und Unterhaltskosten. Außerdem biete der Mobilfunk auch Zugang zum Internet. Allerdings müsse die Entwicklung des Mobilfunks vor der Entwicklung des Internets stehen, weil dadurch der Informationsfluss und die Wirtschaftsleistung gesteigert würden. Mobilfunknetze könnten über Solaranla-

gen betrieben werden und Analphabeten könnten sich dabei im Gegensatz zum Internet an der Kommunikation beteiligen.

Die **Fraktion der SPD** führt aus, dass es bereits eine Reihe von politischen Maßnahmen auf diesem Gebiet, auch durch die Bundesregierung gebe. Es sei wichtig zu begreifen, dass ein Kontinent wie Afrika keineswegs nur Armutsbekämpfung, sondern auch Unterstützung in High-Tech-Bereichen brauche. Kritisch sieht sie die Forderung, jede Form der Finanzierung abzulehnen, die durch Steuern von den Firmen erfolgt, die in Entwicklungsländern in Telekommunikationsinfrastruktur investieren. Weiterhin kritisiert sie die Forderung, erst dort mit Entwicklungsarbeit zu beginnen, wo die Entwicklung von Mobilfunkmärkten bereits so weit gediehen ist, dass es mehrere Wettbewerber gleichzeitig gibt. In diesem Fall sei der eigentliche Teil der Entwicklung bereits passiert. Man müsse eher dazu beitragen, dass in manchen Ländern überhaupt ein Betreiber existiere. Dem Antrag könne nicht zugestimmt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkt an, in den Ländern Afrikas gebe es einen sehr großen Bedarf an Mobilfunk. Die in dem Antrag aufgestellten Forderungen würden indes dem widersprechen, was erreicht werden solle. Die Fraktion der FDP polemisiere gegen eine freie Initiative der Schweiz und des Senegal, die darauf abziele, eine freiwillige Solidaritätsabgabe in Höhe von ein Prozent der Gewinne zu erheben. Die Bundesregierung würde sich daran nicht beteiligen. Unverständlich sei ebenfalls, dass die FDP jede Form der Finanzierung ablehnen würde, die durch Steuern von Firmen erfolge. Man frage sich, ob die Unternehmen in diesem Fall keine Steuern zahlen sollten oder man dem Staat vorschreiben wolle, wofür er die Einnahmen einsetzen wolle. Des Weiteren kritisiert sie die Forderung, den Regierungen in Entwicklungsländern aufgrund der deutschen Erfahrung bei der Deregulierung der Telekom Beratung anzubieten. Dies sei keine Expertise, die man anbieten sollte. Sie werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** merkt an, dass sich private Anbieter auf die profitträchtigen Regionen, also auf die Metropolen und nicht auf ländliche Räume konzentrieren würden. In den ländlichen Regionen sei Kommunikation in vielen Fällen jedoch überlebensnotwendig und es wäre wichtig, dort den Zugang zu organisieren. Dazu benötige man nationale Entwicklungsprogramme, die international, durch die UNO, oder solche Initiativen, die in dem Antrag negativ bewertet würden, angestoßen werden müssten. Sie werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, sie schließe sich der Begründung der Fraktion der SPD an und werde den Antrag ebenfalls ablehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Dr. Georg Nüßlein
Berichtersteller

Stephan Hilsberg
Berichtersteller

Dr. Karl Addicks
Berichtersteller

Heike Hänsel
Berichterstellerin

Ute Koczy
Berichterstellerin

